

# Pressemitteilung

Wunsiedel, 14.09.2016

**Ein breites Bündnis aus Verbänden und Bürgerinitiativen sieht in den weiterhin geplanten Stromautobahnen wie der Gleichstromtrasse Süd-Ost eine Gefahr für den Erfolg der dezentralen Energiewende. Auch eine Erdverkabelung löst das Problem nicht. Darüber hinaus fehlt diesen Projekten die rechtlich korrekte Grundlage. Das Bündnis fordert deshalb ein Planungsmoratorium gefolgt von einer grundlegenden Neuerstellung der Planung des Übertragungsnetzes, bevor sich das Ganze als gigantische Fehlinvestition erweist, die Stromkunden und Steuerzahler teuer bezahlen werden.**

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wunsiedel lehnt ein breites Bündnis aus Fichtelgebirgsverein, den Kreisgruppen Wunsiedel, Bayreuth, Tirschenreuth und Neustadt/Waldnaab-Weiden des Bund Naturschutzes, dem Bayerischen Bauernverband Wunsiedel, der Aarhus Konvention Initiative, dem Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost Trasse, der Bürgerinitiative Landkreis Hof – keine Gleichstromtrasse Süd-Ost, den Bürgerinitiativen Stiftland sagt „Nein“, Fichtelgebirge sagt „Nein“, Steinwald sagt „Nein“, Speichersdorf sagt „Nein“, der Bürgerinitiative Bayreuth Süd-Ost sagt „Nein“ und der Bürgerinitiative Landkreis Neustadt/Weiden, Stromautobahnen wie die Gleichstromtrasse Süd-Ost als massives Hindernis für die dezentrale Energiewende ab. *„Stattdessen erfordere die Energiewende dezentrale Konzepte und Energieprojekte in Bürgerhand.“* erläutert Alfred Terporten-Löhner, Kreisgruppenvorsitzender des Bund Naturschutzes Wunsiedel und ergänzt: *„Wir fordern eine grundlegende Neuerstellung der Planung des Übertragungsnetzes auf der Basis einer dezentralen Energiewende.“* *„Wir stellen uns gegen die Weiterführung der bisherigen Planung, sei es als Freileitung oder Erdverkabelung, denn auch Erdverkabelung löst das Problem nicht.“* so Günter Bock, Sprecher der Bürgerinitiative Landkreis Hof. Äußerst kritisch sieht das Bündnis, dass der gegenwärtig Stromnetzplanung die rechtlich korrekte Grundlage fehlt, was Hilde Lindner-Hausner, Sprecherin der Aarhus Konventions Initiative näher erläutert: *„Die Rechtsanwältin der Aarhus Konvention Initiative stellt in einer Stellungnahme an das Bundesumweltministerium zum Referentenentwurf des Umweltrechtsbehelfgesetzes fest, dass die Projekte des Netzentwicklungsplans keine korrekte rechtliche Grundlage haben. Sollte der Bundestag diesem Gesetzesentwurf zustimmen, so kommt es zur Klage. Die Aarhus Konvention Initiative hat eine ähnliche Klage gegen Tschechien wegen dem Ausbau von zwei geplanten Reaktoren am Standort Temelin gewonnen: Tschechien muss seine Gesetze anpassen.“* Maria Estl vom Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse warnt deshalb: *„Werden die Stromtrassen gebaut, ohne vorher die Rechtsgrundlage anzupassen, werden diese zu staatlichen Schwarzbauten, denen der Abriss droht.“* Das Bündnis fordert deshalb ein Planungsmoratorium gefolgt von einer grundlegenden Neuerstellung der Planung des Übertragungsnetzes, bevor sich das Ganze als gigantische Fehlinvestition erweist, die Stromkunden und Steuerzahler teuer zu stehen kommt.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Jörg Hacker

Hauptnaturschutzwart des Fichtelgebirgsvereins

Tel.: 09232 70 08 64

E-Mail: [j.hacker@fichtelgebirgsverein.de](mailto:j.hacker@fichtelgebirgsverein.de)



Bürgerinitiative Stiftland sagt „NEIN“ ... zu Atom- und Kohlestromtrassen „JA“ zur dezentralen Energiewende! [www.stiftlandtagteich.de](http://www.stiftlandtagteich.de)



Bürgerinitiative Bayreuth Süd-Ost sagt NEIN zur Monstertrasse [www.bayreuth-sued-ost.de](http://www.bayreuth-sued-ost.de)